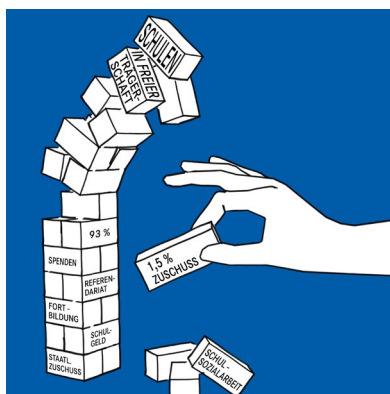


GERECHTE FINANZIERUNG FÜR FREIE SCHULEN SOFORT!

SCHULEN, LEHRKRÄFTE, ELTERN, SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER UND BESCHÄFTIGTE HABEN ES SATT, JAHR FÜR JAHR MIT DER POLITIK UM ZUSÄTZLICHE MITTEL ZU KÄMPFEN.



Die Finanzierung der Freien Schulen in Berlin muss dringend verbessert und erneuert werden, um die Bildungsvielfalt in Berlin für die Eltern, Kinder und Auszubildenden zu erhalten.

2003 wurden die Zuschüsse für Freie Schulen auf 93% der Personalkosten einer vergleichbaren öffentlichen Schule gekürzt und nie wieder angehoben. Darüber hinaus erhalten sie keinen Cent vom Land Berlin für Sozialarbeit und Sachkosten, wie Mieten, Instandhaltung, Betriebskosten, Digitalisierung, Reinigung usw. Das ist viel zu wenig, unfair und wirtschaftlich auf Dauer nicht tragbar. Steigende Kosten müssen deshalb über die Erhöhung von Schulgeldern und niedrigere Gehälter ausgeglichen werden. Unsere Schulen wollen aber angemessene Gehälter zahlen und das Schulgeld nicht anheben.

Im Jahre 2022 gab das Land Berlin für einen öffentlichen Schulplatz im Durchschnitt 14.000 €¹ aus. Freie Schulen erhielten 2022 dagegen im Schnitt 7.000 € (Grundschulen rund 5.200 €, Sekundarschulen rund 8.000 € und Gymnasien rund 6.100 €) pro Schulplatz vom Land Berlin. Die Lücke beträgt zum Teil mehr als 50% und wird immer größer.

Der Staat spart folglich ca. 280 Mio. € pro Jahr an unseren 40.000 Schülerinnen und Schülern an den freien allgemeinbildenden Schulen. Diesen Geldwert müssen Eltern, Lehrkräfte, Ehrenamtliche und Schulträger jährlich ausgleichen.

1 Bildungsfinanzen und Ausbildungsförderung - Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende und berufliche Schulen; [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsfinanzen-Ausbildungsforderung/Tabellen/langereihe-ausgabeschueler.html?view=main\[Print\]](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsfinanzen-Ausbildungsforderung/Tabellen/langereihe-ausgabeschueler.html?view=main[Print]), Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024 | Stand: 11.04.2024 / 17:30:45

Wir fordern umgehend:

- Aushandlung einer neuen und zeitgemäßen Finanzierung unter Beteiligung der freien Schulen,
- Abschaffung der zusätzlichen Restriktionen für die beruflichen Schulen,
- dauerhafte Erhöhung der Finanzierung im Ostteil der Stadt auf das Niveau des Westteils,
- faire Finanzierung für Sach- und Betriebskosten, Sonderpädagogik, Sozialarbeit, Familien mit Transferbezug sowie Fort- und Weiterbildung!

Kundgebung am 27.6.2024 um 13 Uhr, Abgeordnetenhaus Berlin



Lasst uns gemeinsam laut werden - für eine gute und vielfältige Bildung zum Nutzen unserer Schülerinnen und Schüler. Macht mit!

